

## Landbevölkerung finanziert Städte

Der urbane Timo Städtler kann bequem mit seinem E-Bike von seiner Eigentumswohnung in der Überbauung Schönberg zu seinem Arbeitsplatz im Bundesamt für Umwelt nach Ittigen pendeln. Für andere Mobilitätsbedürfnisse nutzt er die unlängst erweiterte Buslinie 12 oder selten einmal das Carsharing.

Fritz Landmann hat in Weingarten das elterliche Haus übernommen und ist täglich auf seinem etwas in die Jahre gekommenen Wagen angewiesen, um in vernünftiger Zeit zu seinem Arbeitsplatz in der Schlosserei nach Lyss zu kommen. Was verbindet Timo Städtler mit Fritz Landmann? Wird das kantonale Gesetz über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge (BSFG) angenommen, wird Fritz Landmann die Steuern von Timo Städtler finanzieren.

Die Revision des BSFG beabsichtigt eine ökologische Reform. Künftig sollen als Bemessungsgrundlage neben dem Gesamtgewicht zusätzlich die CO<sub>2</sub>-Emissionen von Fahrzeugen herangezogen werden. Die Revision sieht Mehrbelastungen im Umfang von jährlich 40 Mio. CHF vor. Diese Mehreinnahmen sollen zur Senkung der Steuern natürlicher Personen herangezogen werden. Wie beim CO<sub>2</sub>-Gesetz wird einmal mehr die städtische Bevölkerung von der Landbevölkerung, welche auf den motorisierten Individualverkehr angewiesen ist, finanziert. Der politische Wille der Berner Regierung, die Steuern zu senken und damit den Wirtschaftsstandort Bern zu stärken, ist mit dem Entwurf zum neuen BSFG gänzlich gescheitert. Die Landbevölkerung, welche auf ein Auto angewiesen ist, wird mit dem neuen BSFG folglich die Steuer-senkungen der städtischen Bevölkerung berappen. Laut der kantonalen Sicherheitsdirektion wird weiter mit der Berücksichtigung der CO<sub>2</sub>-Emissionen als Bemessungsgrundlage keine Umweltwirkung erzielt, es stehen "vor allem psychologische Effekte im Vordergrund".

Gabriel Caduff  
Dr. sc. techn. ETH  
Vizepräsident FDP Grossaffoltern

Mitglied Kommission Sicherheit  
FDP Kanton Bern

Mitglied Fachkommission Energie /  
Infrastruktur FDP Schweiz



Unwirksame Massnahmen und zweckfremde Umverteilung von Geldern sind aus liberaler Sicht zu verhindern. Das Präsidium der FDP Grossaffoltern unterstützt die SVP in der Ablehnung des Gesetzes über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge.

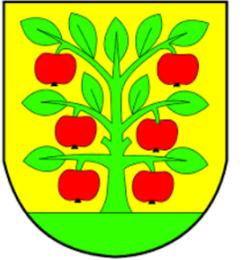


**Ich unterstütze die FDP. Die Liberalen Grossaffoltern in ihrem Wirken mit einem finanziellen Beitrag**

BEKB IBAN CH60 0079 0042 3951 9348 2  
FDP. Die Liberalen Grossaffoltern, 3257 Grossaffoltern

**Ich interessiere mich für die FDP Sektion Grossaffoltern**

Kontakt: Eric Schär, Präsident, Aebnit 44, 3257 Grossaffoltern  
Tel.: 079 634 92 59 oder E-Mail an [eric.schaer@sunrise.ch](mailto:eric.schaer@sunrise.ch)



# Informationsblatt

## Helfen Sie, die Demokratie in unserer Gemeinde zu stärken!

Demokratien brauchen von Ihren Bürgern mehr Engagement und mehr Beteiligung. Sie brauchen reform- und veränderungswillige Menschen, nicht Opportunisten, die den Weg des geringsten Widerstands gehen oder den politischen Schlitten einfach schleifen lassen. Doch immer mehr Menschen lassen sich vom Alltagsgeschehen treiben und kümmern sich überhaupt nicht mehr um das Wohlergehen ihrer Wohngemeinde. Sie bleiben den Gemeindeversammlungen fern, mit der Begründung, «die Politiker werden das schon richtig machen».

Dass sich politische Parteien aus Frauen und Männer zusammensetzen, merken sie erst, wenn sie wählen gehen sollten oder wenn sie unmittelbar mit deren Vertretern zu tun haben, z.B. mit der Baukommission, der Schul- oder der Sozialbehörde. Oft sind die Kontakte dann mit unliebsamen Konfrontationen verbunden, weil ihre persönlichen Anliegen von der Gemeinde nicht verstanden oder ihren Vorstellungen gemäss berücksichtigt worden sind. Dann ist für sie sofort klar: «Typisch, die Politiker machen ohnehin, was sie wollen». Dass viele Männer und Frauen unserer Ortsparteien in den Kommissionen jahreinjahraus ihr Bestes für die Gemeinde geben, bedenken sie meist nicht.

An der Gemeindeversammlung können alle Stimmberechtigten wohl Beschlüsse fassen, aber ohne Parteizugehörigkeit deren Realisierung kaum überwachen. Es sind die Ortsparteien, welche Vertreter für die Kommissionen vorschlagen, die Gemeinderätinnen und -räte auf ihren Listen zur Wahl portieren. Nur mit Parteiunterstützung haben Sie echte Wahlchancen, erfolgreiche Alleingänge sind sehr selten.

Daher fassen Sie sich ein Herz – schliessen Sie sich unserer Ortspartei an, wenn Sie in Grossaffoltern mitreden wollen: Nächstes Jahr sind Gemeindewahlen. Die FDP-Sektion Grossaffoltern sucht Damen und Herren, die bereit sind, liberale Politik mitzugestalten und die FDP in kommunalen Funktionen zu vertreten. Aber ohne Farbe zu bekennen, geht es nicht. Nur mit einer Mitgliedschaft können wir Sie portieren! Melden Sie Ihr Interesse für ein unverbindliches Gespräch an [eric.schaer@sunrise.ch](mailto:eric.schaer@sunrise.ch) oder 079 634 92 59.

Es würde uns sehr freuen.

Eric Schär, Präsident FDP. Die Liberalen, Sektion Grossaffoltern



### Liebe Leserinnen und Leser

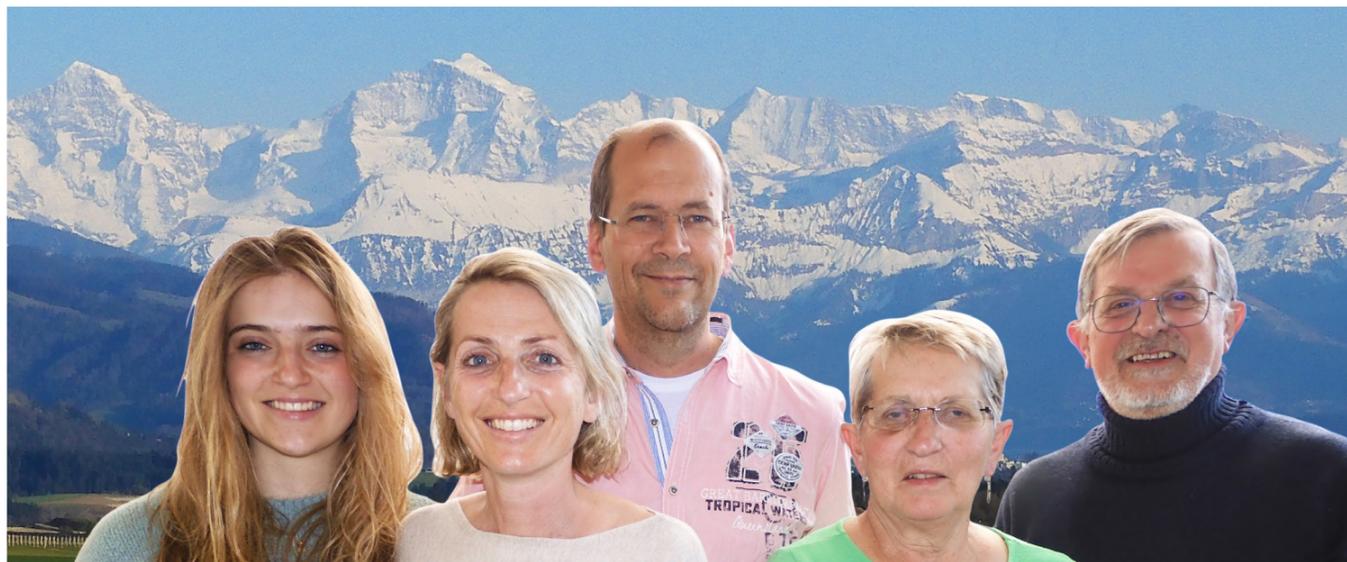
Am 13. Juni erfolgt die ordentliche Gemeindeversammlung über eine Urnenabstimmung. Meines Wissens ist es das erste Mal. Covid-19 sei Dank! Es muss aber bei dieser Ausnahme bleiben, weil Bürger ihr demokratisches Äusserungsrecht an den Gemeindeversammlungen wahrnehmen sollen.

Bei der diesjährigen Gemeindeabstimmung stehen wichtige Traktanden zur Diskussion, u.a. die Teilrevision der Ortsplanung sowie das erfreuliche Jahresergebnis 2020. Bei einer Life-Veranstaltung in unserer Turnhalle hätten sicher einige Damen und Herren Fragen an den Gemeinderat gestellt. So zum Beispiel zum angepassten Baureglement Stygacher. Vor zwei Jahren wurde das alte Reglement an der Gemeindeversammlung nach heftigen Diskussionen abgelehnt. Auch über die hohen positiven Budgetabweichungen bei den Einkommens- und Vermögenssteuern von rund einer halben Million gäbe es Diskussionsbedarf!

Eric Schär, Präsident

### Impressum

Herausgeber:  
FDP. Die Liberalen Grossaffoltern  
Redaktion: Präsidium  
FDP Sektion Grossaffoltern



## Die AHV-Renten sind in Gefahr!

Seit Jahren sind sich unsere Parlamentarier nicht einig, wie unsere AHV nachhaltig saniert werden soll! Ständig reden sie um den heissen Brei und kommen daher nie zum Ziel. Jetzt wollen die Jungliberalen mit ihrer Renteninitiative Nägel mit Köpfen machen. Sie machen konkrete Vorschläge für eine nachhaltige Sanierung der AHV, sei dies durch eine kontinuierliche Erhöhung des Renteneintrittsalter bei Mann und Frau bis 2032 sowie durch Einbezug der künftigen Lebenserwartung bei der Berechnung der Beitragsjahre.

Christine (71) und Eric (73) aus der ersten Generation beziehen seit Jahren eine grosszügige AHV-Rente. Denise (47) und Stephan (55), die Eltern von Gioia, drohen bereits heute Rentenkürzungen, Gioia (18) kann bloss noch von einer Rente träumen, wenn die AHV nicht grundlegend saniert wird. Wir wollen, dass alle 3 Generationen in gleichem Ausmass von einer gesicherten, nachhaltigen Altersvorsorge profitieren können. Unterstützen wir die Renteninitiative der Jungliberalen mit unserer Unterschrift. Dann passiert endlich etwas!

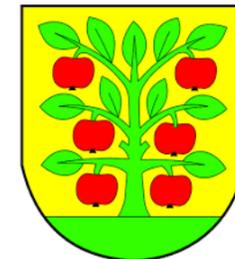
Unterschriftenbogen mit den wesentlichen Argumenten in der Beilage! Unterschreiben Sie mit Ihrer Familie die Antwortkarte und schicken Sie sie bis spätestens 30. Juni 2021 – portofrei – an das Initiativkomitee.

Eric Schär, Präsident

### Korrigenda zum letzten Informationsblatt Bericht Schmidebach:

Es werden ausserhalb des Wohn- und Pflegeheims Schmidebach nicht pflegespezifische Leistungen angeboten, sondern Leistungen im Bereich Hotellerie und Gastronomie.

## Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt durch Meinungsvielfalt



# Eidgenössische Volksabstimmungen Parolen der Berner FDP-Delegierten

### Parolen der FDP-Delegierten Kanton Bern vom 5. Mai 2021

- **JA** zum CO<sub>2</sub>-Gesetz 63 Ja, 45 Nein, 3 Enthaltungen
- **Stimmfreigabe** für die Trinkwasser-Initiative
- **NEIN** zur Pestizid-Initiative 91 Nein, 16 Ja, 5 Enthaltungen
- **JA** zum Covid-19-Gesetz 98 Ja-, 8 Nein, 3 Enthaltungen
- **JA** zum PMT 90 Ja, 17 Nein, 5 Enthaltungen



Kann das CO<sub>2</sub>-Gesetz die Eisschmelze im Neko Harbour (Antarktis) verhindern?

Am 13. Juni 2021 stehen mit dem «Covid-Gesetz», dem «CO<sub>2</sub>-Gesetz» und dem «Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus» (PMT) die wichtigsten Abstimmungen über Freiheit und Selbstbestimmung seit der Abschaffung des Vollmachtenregimes durch die 1949 eingereichten Volksinitiative «Rückkehr zur direkten Demokratie» an. Nun scheint sich das Blatt wieder zu drehen – das Volk tritt bei Annahme der oben erwähnten Parolen wichtige demokratischen Rechte an den Bundesrat ab. Bleiben so die liberalen Grundsätze, wie freier Wettbewerb statt Umverteilung und Verbote sowie die Vermeidung staatlicher Regulierungen mit der Annahme der Vorlagen gewährt? Nein! Aus liberaler Sicht sind alle abzulehnen!

Bei der Diskussion des CO<sub>2</sub>-Gesetzes offenbarte sich die liberale Grundhaltung unserer Parteimitglieder am deutlichsten: Warum soll der Bürger sich vom Staat vermeint-

liche Lenkungsabgaben aufbuckeln lassen, deren positive Auswirkungen bereits heute infrage gestellt werden? Hat sich z.B. in den letzten 12 Monaten der Covid-19-Lockdown-Phase nicht bereits herausgestellt, dass im 2020 der vielverschmähte Luftverkehr, trotz Verkehrseinbruch von über 80 % gegenüber 2019, keine messbare Entlastung des weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstosses gebracht hat? Rechtfertigt sich daher die Erhebung von Abgaben beim Luftverkehr überhaupt? Nur zwei Fünftel der anwesenden Delegierten waren skeptisch und stimmten gegen die CO<sub>2</sub>-Vorlage.

Lenkungsabgaben haben zum Ziel, das Verhalten der Abgabepflichtigen in eine bestimmte, vom Gesetzgeber gewünschte Richtung zu lenken. Es werden Abgaben erhoben und die Einnahmen gleichmässig an die Schweizer Bevölkerung zurück verteilt. Beim CO<sub>2</sub>-Gesetz sind verschiedene Abgaben vorgesehen. Es ist jedoch fraglich, ob es sich tatsächlich um solche handelt, vielmehr sind sie Quellen für «versteckte» Quersubventionierungen. Es reicht nicht, die künftigen Einnahmen aus CO<sub>2</sub>-Lenkungs-Abgaben auf Heizöl in einen Klimafonds zu werfen, der nur zu einem Drittel für künftige Gebäudesanierungen und zu zwei Dritteln für den Kauf dubioser Kompensationszertifikate im Ausland verwendet wird. Diese Zertifikate werden eindeutig für Quersubventionierungen missbraucht. Das Aussendepartement müsste diese, korrekterweise, als «Auslandhilfe» budgetieren und vom Parlament absegnen lassen.

Bei all diesen Themen werden Ängste geschürt und das Denkvermögen reduziert. Den Vorlagen gemein ist auch das Vorsorgeprinzip ohne Nachweis einer Wirkung, die Einschränkung persönlicher Freiheiten, die Umverteilung und schliesslich die Erhöhung der Staatsquote. Am wichtigsten ist aber der Verlust an Wertschätzung, Selbstverantwortung und Mündigkeit der Bevölkerung.

Eric Schär & Gabriel Caduff  
Delegierte der FDP Kanton Bern